

Auf nach Brokdorf !

Nach der ordentlichen Landeskonzferenz der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) am 6.2. kam es – nach einem provokatorischen Auszug einer rechten Delegierten-Minderheit – zur klaren Entscheidung (bei einer Enthaltung), für eine Großkundgebung am 19.2. in Brokdorf am Bauplatz zu mobilisieren.

Die BUU ist in vier Regionalverbände gegliedert, die jeweils zehn Delegierte für die Landeskonzferenz stellen. Die Regionalverbände der BUU sind: Marschen, Ostküste, Westküste und Hamburg. Ein fünfter Regionalverband der BUU (Oberelbe) befindet sich im Aufbau, er ist aber noch nicht offiziell der BUU angeschlossen.

Nicht alle Bürgerinitiativen gegen AKWs aus Norddeutschland (Hamburg und Schleswig-Holstein) sind in der BUU organisiert, die BUU ist aber der in Norddeutschland maßgebliche und größte überregionale Verband der Atomkraftwerks-Gegner.

Dem Beschluß für eine Großkundgebung am 19.2. in Brokdorf (und nicht anderswo) stimmten neun von zehn Hamburger Delegierte zu; sie repräsentieren etwa 1.200 bis 1.400 BUU-Mitglieder, die in ca. 50 Einzel-Initiativen gegliedert sind. Eine Vollversammlung der Hamburger BUU-Mitglieder hat bei 1.300 Anwesenden und nur einer Handvoll Gegenstimmen ihren Delegierten diesen Auftrag (volle Mobilisierung nach Brokdorf) erteilt.

Ebenfalls diesem Beschluß (nach Brokdorf) stimmten sechs (von zehn) Delegierten der Ostküste zu. Der Regionalverband Ostküste der BUU umfaßte bisher zehn Initiativen, seit kurzem 22. Die zwölf neuen Initiativen – z.T. sogenannte Geister-„Initiativen“, die der DKP-Vorstand über Nacht entstehen ließ, z.T. gar in Orten, in denen es BIs mit jahrelanger Arbeitserfahrung gibt – wurden erst in der Woche vor der Landeskonzferenz der BUU, auf der Regionalkonzferenz Ostküste, wo sie zum ersten Mal erschienen, in den Verband aufgenommen. Dennoch konnten die Rechten (d.h. vor allem DKP und SPD) nur vier von zehn Delegierten bei der Wahl durchkriegen; diese vier rechten Delegierten beteiligten sich nicht an den Abstimmungen auf der Landeskonzferenz.

Der Regionalverband Marschen gliedert sich in 14 Einzelinitiativen

unterschiedlicher Stärke. Hiervon stimmten vor der Landeskonzferenz acht BIs für eine Demo in Itzehoe und sechs BIs für Brokdorf als Demo-Ort. Diese stellten vier (von zehn) Delegierte, die an der Landeskonzferenz teilnahmen und deren Beschlüsse mittrugen. Die Mehrheit der acht BIs, die im Augenblick (noch?) für Itzehoe mobilisieren, trägt nicht die widerwärtige Hetze der bürgerlichen Presse (einschließlich „UZ“, Zeitung der DKP) gegen die Brokdorf-Aktion mit, sondern hat sich im Gegenteil dazu ausdrücklich mit den Kräften solidarisiert, die am 19.2. nach Brokdorf gehen werden (z.B. die führenden BUU-Mitglieder Heuser und Reimers).

Der Regionalverband Westküste ist die Hochburg der rechten Kräfte in der BUU (acht bis neun Delegierte). Dieser Regionalverband wurde erst nach der letzten Brokdorf-Aktion, nämlich am 8.12.76 in Rendsburg konstituiert. Er setzt sich aus 14 Gruppen (nach Aufnahme von Eiderstedt und Süderlygum) zusammen, die z.T. extrem schwach (vier Personen z.B.) und auch einflußlos sind und die zumindest in zwei Fällen Schein-„Initiativen“ sind. Die Mehrheit der Westküsten-Gruppen sind umwelt-tümelnde „Arbeitsgruppen“, mit z.T. vorherrschendem Einfluß des WSL (Weltbund zum Schutz des Lebens, von Rechtsradikalen unterwandert).

Die Auseinandersetzung um den geeignetsten Demo-Ort – Brokdorf oder Itzehoe – wird derzeit in der gesamten BRD – mit Schwerpunkt in Norddeutschland – geführt. SPD und FDP, aber vor allem DKP rühren derzeit über ihre Kader in der Bewegung die Werbetrommel für Itzehoe, dem Demo-Ort, den Stoltenberg ausgesucht und angeboten hat, um „den harten Kern“ der AKW-Gegner in Brokdorf zu isolieren. Die Argumente für Itzehoe konzentrieren sich auf zwei Punkte:

1. Es wird frech behauptet, nach Brokdorf gehen allein „die Chaoten“ und „K-Gruppen“, um sich mit Stoltenbergs Polizei-Truppen ein „blutiges Gefecht“ zu liefern und um damit von den Problemen des westdeutschen Atomprogramms abzulenken und stattdessen „unser demokratisches System“ insgesamt in Frage zu stellen. Diese bewußt lügenhafte und demagogische „Argumentation“

trifft sich mit Befürchtungen kirchlicher Kreise, Mitarbeitern der Gewaltfreien Fraktion und auch einfach verängstigten Menschen, die gewissermaßen Opfer der psychologischen Kriegsführung der bürgerlichen Presse geworden sind, die ihrerseits mit groben Fälschungen („Flugblätter“ der „KPD/ML“, die in der Wilster Marsch von der Polizei verteilt wurden, oder z.B. angebliche „Strategiepapiere“ aus der Küche der Geheimdienste) arbeitet.

2. Es wird frech behauptet, daß „die Bevölkerung“ der Wilster Marsch nicht in Brokdorf, sondern in Itzehoe demonstrieren wolle. Diese Behauptung ist einmal schlicht falsch und kann sich allein auf die Mehrheits-Meinung einiger Marschen-Initiativen „stützen“, deren Mitglieder zuvor nach allen Regeln der Kunst vom bürgerlichen Staat fertig gemacht wurden. Dennoch findet diese Behauptung in einigen Kreisen Gehör, und zwar hauptsächlich wegen der hier verbreiteten und u.E. falschen Auffassung, den Kreis der „Betroffenen“ auf die direkt anwohnende Bevölkerung einzuzugrenzen, wobei der Wirkungsgrad eines möglichen atomaren Unfalls überhaupt nicht gesehen wird.

Derzeit laufen bundesweit in den Bürgerinitiativen an den Unis und in anderen Kreisen die Auseinandersetzungen um den 19.2., die sich mehr und mehr auf die Frage „Brokdorf oder Itzehoe“ zuspitzen. Eine zunächst – während des Januar, als sich die „Spaltung“ der BUU abzuzeichnen begann – einsetzende Verunsicherung weicht zunehmend und es verbreitet sich der Wille der westdeutschen Bürgerinitiativen, „jetzt erst recht“ und „mit aller Kraft“ nach Brokdorf (und nicht anderswo) zu mobilisieren.

Nach der letzten Landeskonzferenz der BUU am 6.2. haben sich diese Auseinandersetzungen erheblich zugespitzt. Wir haben – um einen allgemeinen Überblick und Trend aufzuzeigen – sämtliche Abstimmungsergebnisse und Entscheidungen der einzelnen BIs seit dem 7.2. hier zusammengestellt. Diese Aufstellung erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit und beruht allein auf unserem innerorganisatorischen Nachrichtensystem:

Montag, den 7.2.1977

- Niebüll, Vollversammlung der BI; Abstimmung: elf Mitglieder für Brokdorf, sechs für Itzehoe, acht Enthaltungen (11:6:8)
- Lübeck, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 43:1 für Brokdorf, keine Enthaltung
- Lüneburg, Veranstaltung der BI; Abstimmung: 40:0:6 für Brokdorf, elf stimmten gegen Br., ohne für Itzehoe zu plädieren
- Detmold, Vollversammlung der „BI Aktion Umweltschutz“; Abstimmung: 20:0:0 für Brokdorf
- Duderstadt, Veranstaltung JZI, Abstimmung: 25:0:0 für Brokdorf

Dienstag, den 8.2.1977

- Kappeln, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 10:1:2 für Brokdorf
- Schleswig, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 35:1:2 für Brokdorf
- Geesthacht, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 18:6:0 für Brokdorf
- Reinfeld, Vollversammlung der BI; keine Abstimmung, allg. für Brokdorf
- Hildesheim, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 45:18:5 für Brokdorf
- Delmenhorst, Veranstaltung der BI mit ca. 40 Teilnehmern, keine Abstimmung, alle für Brokdorf
- Celle, Vollversammlung der BI; keine Abstimmung bei ca. 50 Teilnehmern, etwa zur Hälfte nach Brokdorf und nach Itzehoe; Beschluß: gemeinsamer Bus, der über Itzehoe nach Brokdorf weiterfährt
- Göttingen, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 30 für Brokdorf, 35 für Itzehoe, 100 für örtliche Aktionen
- Krefeld, Vollversammlung „Volksblatt“; Abstimmung: 20:0:0 für Brokdorf

Mittwoch, den 9.2.1977

- Husum, Vollversammlung der „Gewaltfreien Aktion“; Abstimmung: 25 für Itzehoe, sechs für Brokdorf
- Neumünster, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 18:2:0 für Brokdorf
- Eutin, Vollversammlung der BI, Abstimmung unnötig, da alle 26 Mitglieder für Brokdorf
- Rendsburg, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 30:0:10 für Brokdorf, zwei gegen Br., ohne für Itzehoe zu sein
- Hamburg, Gründungsveranstaltung BI im Bereich der Hamburger Chemie-Industrie mit 100 Kollegen und zahlreichen Betriebsräten und IG Chemie-Vertrauensleuten; Abstimmung: ohne Gegenstimme für Brokdorf
- Wedel, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 28 für Itzehoe, 23 für Brokdorf, zwei Enthaltungen. Abstimmungsergebnis ist „Erfolg“ eines DKP-Putsches, 24 DKP-Mitglieder (aus Wedel?) waren das erste Mal anwesend, das Stimm-Ergebnis wird nicht anerkannt – es bleibt beim bisherigen eindeutigen Mehrheitsbeschluß für Brokdorf
- Uetersen, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 19 für Itzehoe, 15

für Brokdorf. Auch dieses Ergebnis kam durch DKP-Putsch (siehe Wedel) zustande, es wird nicht anerkannt. Es bleibt beim bisherigen Mehrheitsbeschluß für Brokdorf

- Itzehoe, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 28 für Itzehoe, 14 für Brokdorf. Ergebnis kam durch DKP-Putsch zustande, es war allerdings schon vorher durch Anwesenheit zahlreicher DKP-Mitglieder eine knappe Mehrheit für Itzehoe vorhanden
- Pinneberg, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 16 für Itzehoe, neun für Brokdorf
- Glückstadt, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 19 für Itzehoe, vier Enthaltungen
- Mölln, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 14:0:0 für Brokdorf
- Bremerhaven, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 22:0:0 für Brokdorf
- Bremen, Delegierten-Versammlung der Einzel-BIs; Abstimmung: 14 für Brokdorf, sieben BIs enthielten sich, da noch keine Entscheidung gefällt, sieben BIs für alten BBA-Beschluß, d.h. Demo in Br. bei Zweidrittel-Mehrheit der BUU-Landeskonferenz, keine BI für Itzehoe
- Tübingen, Vollversammlung Uni. Die 300 Anwesenden beschloßen Vollmobilisierung für Brokdorf und Sternfahrt mit Bussen. Keine Gegenstimme
- Bielefeld, Veranstaltung der BI „KKW-Nein“. Die 200 Anwesenden beschloßen Vollmobilisierung nach Brokdorf
- Wuppertal, Vollversammlung der „AKW-Initiative“; 60 Teilnehmer, Stimmung für Brokdorf.
- Düsseldorf, Vollversammlung „Initiative Kulturzentrum“; Abstimmung: 40:0:0 für Brokdorf
- Aachen, Vollversammlung „Umweltinitiative“; Abstimmung: vier für Brokdorf, 15 ohne Alternative dagegen
- Landshut, Veranstaltung der BI mit 70 Teilnehmern, keine Abstimmung, allgemeine Stimmung für Brokdorf
- Freiburg, Vollversammlung „Stammtisch“ der BI; Abstimmung: 90 für Brokdorf, zehn dagegen, ohne für Itzehoe zu plädieren
- Emden, Vollversammlung „BI gegen Atomenergie“; Abstimmung: 24:0:6 für Brokdorf
- Emden, VV Fachhochschule; Abstimmung: 38:0:10 für Brokdorf, zwei ohne Alternative dagegen

Donnerstag, den 10.2.1977

- Bremen, Bereichs-VV Uni (Deutsch und Fremdsprachen); Abstimmung: 75 für Brokdorf, 25 dagegen. Verurteilung der Spaltungsmanöver der DKP mit Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Aufgrund der „guten Stimmung“ der Linken wurden am selben Tag fünf (!) Studiengangsausschüsse (= Fachschaftsräte) des MSB/DKP an der Uni mit überwältigender Mehrheit gestürzt und mit derselben Mehrheit durch Kandidaten der Basisgruppen (Spontis, KB) neu besetzt, die die Brokdorf-Propaganda tragen

- Hannover, Plenum der BIs. Der ursprüngliche Beschluß, am 19.2. örtliche Aktionen zu machen, wird mit 70:4 zurückgenommen. Danach entscheiden sich 33 für Brokdorf bei 44 Enthaltungen, die z.Zt. für Nicht-Aktivitäten plädieren. Niemand für Itzehoe
- Flensburg, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 47:29:5 für Brokdorf
- Marburg (DKP-Hochburg!), Uni-VV; 150 stimmen für Brokdorf, 350 dagegen
- Kiel, Vollversammlung AKU (Arbeitskreis Umweltschutz); Abstimmung: 6:4:3 für Brokdorf
- Kiel-Gaarden, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 18:0:0 für Brokdorf
- Kassel, Vollversammlung BI, keine Abstimmung, allgemeine Stimmung geteilt: jeweils etwa die Hälfte nach Brokdorf und nach Itzehoe
- Bergedorf, Veranstaltung der BI; Abstimmung: 174 für Brokdorf, sechs dagegen, niemand für Itzehoe
- „Akut“ (Anti-AKW-Zeitung) mobilisiert für Brokdorf, BI meldet bereits vier volle Busse für Brokdorf in Darmstadt
- Elmshorn, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 27 für Brokdorf, 24 dagegen. Mit 27:18:3 wird Spalter-Demo in Itzehoe verurteilt.
- Dortmund, Vollversammlung der „BI für Umweltschutz“; Abstimmung: 22:18:5 für Brokdorf
- Dortmund, FSR-Veranstaltung; Abstimmung: 200:50:50 für Brokdorf
- Köln, Vollversammlung der BI; Abstimmung: 14 für Brokdorf, 17 für Itzehoe

Freitag, den 11.2.1977

- Bielefeld, Vollversammlung Fachbereich Soziologie, Uni; Abstimmung: 80 für Brokdorf, 20 dagegen
- Bremerhaven, Vollversammlung der BBA (Bremerhavener Bürgerinitiative gegen Atomenergie-Anlagen); Abstimmung: 68:0:2 für Brokdorf
- Bremen, Plenum der BIs mit 800 bis 900 Anwesenden. Es lagen fünf verschiedene Anträge vor, darunter einer für Itzehoe, der bloß 60 Stimmen (ausschließlich DKP) erhielt. Schluß-Abstimmung: 384 für Brokdorf, 312 für Bremen selbst, 73 Enthaltungen
- Kelttern, Mitgliederversammlung JZ; Abstimmung: 13:0:2 für Brokdorf
- Westberlin, Veranstaltung des KB und der Fachhochschule für Sozialpädagogik mit anfänglich 2.000 Teilnehmern; allgemeine Stimmung für Brokdorf, konkrete Abstimmung erst ganz am Schluß der Veranstaltung bei Anwesenheit von etwa 800 Teilnehmern. Gegen sechs Stimmen alle für Brokdorf. Westberliner Sponti-Zeitung „InfoBUG“ und Zeitschrift „Radikal“ (beide Wochenzeitungen mit je 3.000 Auflage) mobilisieren für Brokdorf
- Hamburg, „Brokdorf-Fete“ der BI Eimsbüttel mit mehreren tausend

- Teilnehmern
- Plenum der BIs Lübeck, Mölln, Neustadt und Ahrensboek; Abstimmung: 84:0:2 für Brokdorf
 - Plenum der Kieler BIs mit 250 bis 300 anwesenden Mitgliedern; Abstimmung: ohne Gegenstimme einstimmig für Brokdorf
 - Eckernförde, Vollversammlung der BI „Eckernförder Bucht“; Abstimmung: 10:2:0 für Brokdorf
 - Flensburg, Schülerveranstaltung, Abstimmung: 28:6:5 für Brokdorf
 - Norderstedt, AKW-Veranstaltung der BI, keine Abstimmung, Stimmung geteilt: von ca. 100 Anwesenden etwa zwei Drittel für Brokdorf und ein Drittel für Itzehoe.
 - Hagen: Veranstaltung des „Hagener Volksblatt“, 250 Teilnehmer, Abstimmung: 50 : 2 für Brokdorf.
 - Duisburg: Delegiertenkonferenz der Falken – Verband Niederrhein, ca. 30 Delegierte, überwiegende

Stimmung für Brokdorf.
 – Wedel: BI-Veranstaltung, 120 Teilnehmer, drei Viertel für Brokdorf, ein Viertel für Itzehoe (sämtlich DKP Mitglieder.)

Im Rahmen der Diskussion um den 19.2. brachte die Mehrheit der BI Wedel eine Resolution gegen die Putschpolitik der DKP ein (siehe Wedeler BI-Treffen von 9.2.), woraufhin die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer die von der DKP im Saal angebrachten Aufruftransparenzen für Itzehoe herunterholte. Die isolierte DKP-Sekte zog pöbelnd aus dem Saal!

Freiburg: Stammtisch zur Solidarität mit Brokdorf. Teilnehmer AKU, GAF und Schülergruppe Umweltschutz. Abstimmungsergebnis: 90 für Brokdorf, zehn dagegen.

„Wir unterstützen den Beschluß der Wilster LK vom 6.2.77 eine Demonstration am 19.2.77 in Brokdorf

durchzuführen. Die Bewegung gegen die Atomenergiepläne darf nicht auf das Recht verzichten, am Bauplatz des geplanten KKW zu demonstrieren und mit Platzbesetzungen ihre Lebensinteressen zu verteidigen. Die Bewegung darf sich in dieser Frage nicht spalten lassen und muß an ihrem gemeinsamen Ziel festhalten. Am Oberrhein wurde dies vor zwei Wochen in Gersheim, zwanzig Kilometer nördlich von Wyhl, von der Bevölkerung praktisch klar gemacht. Die Inbetriebnahme eines Meßturmes für ein KKW wurde von Bewohnern der umliegenden Gemeinden verhindert. Wir werden uns nach Kräften an der Demonstration in Brokdorf beteiligen und durch Aktionen in unserer Region unterstützen.

Beschlußfassung für Demonstration in Brokdorf: 32 für Brokdorf ohne örtliche Mobilisierung; 49 für Brokdorf mit örtlicher Mobilisierung; 5 ausschließlich für Kaiserstuhl.

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ UNTERELBE / HAMBURG

Zusammenspiel von Neo-Nazis, CDU und SPD gegen die Demonstration in Brokdorf

Unter der Überschrift „Rechtsextremisten wollen die Volksseele zum Kochen bringen“, berichtete die „Frankfurter Rundschau“ am 8. Februar auf der ersten Seite in großer Aufmachung: Der berüchtigte Neo-Nazi Manfred Roeder plant am 19. Februar eine „Gegenkundgebung“ in Brokdorf. Laut „FR“ soll Roeder dazu u.a. erklärt haben: „Es muß zum Überkochen kommen in Brokdorf. Brokdorf ist das Signal und der Hoffnungsstrahl am Horizont. Die Volksseele kocht über ... Brokdorf ist die Achillesferse dieser Demokratie. Das gilt es anzupacken!“

Die „Frankfurter Rundschau“ verfolgt mit dieser Meldung den Zweck, die AKW-Gegner, die am 19. Februar in Brokdorf demonstrieren werden, ins Zwielicht zu rücken und gemäß dem erprobten Schema „rechts = links“ zu diffamieren und in die Nähe des Neo-Nazismus zu bringen.

Noch übler ging die „Unsere Zeit“, die Zeitung der DKP vor: In ihrer Ausgabe vom 9. Februar 77 leistete sie sich die Schlagzeile: „Maoisten und Neonazis organisieren Provokationen“. In ihrem Eifer, die demokratische Massenbewegung, der sie immer feindlich gegenüberstand, zu spalten und zu diffamieren, überholt sie selbst die „Bild“-Zeitung.

Zu Manfred Roeder ist zu sagen, daß er in diesem Land seit Jahren sein Unwesen treibt, mehr als 50 Straf- und Ermittlungsverfahren laufen oder liefen gegen ihn. Unter anderem ist dieser Roeder Mitverfasser der antisemitischen Hetzschrift „Die Auschwitz-Lüge“, in der der nazistische Völkermord an den Juden geleugnet wird. Viele Hetzschriften Roeders rufen zum Haß gegen das jüdische Volk und zur Zerstörung der Demokratie auf.

Aber kein Gericht hindert Roeder! Im Gegenteil! Polizei in CDU- ebenso wie in SPD-regierten Bundesländern hat in mehreren Fällen die antisemitischen und antidemokratischen Provokationen des Manfred Roeder und seines Anhangs vor Protesten von Demokraten, ehemaligen KZ-Häftlingen und Angehörigen der jüdischen Gemeinden geschützt. Der Grund für diese bemerkenswerte Schonung, die auch im schreienden Widerspruch zum Bekenntnis der „Wiedergutmachung“ gegenüber den Opfern der Nazi-Tyrannie steht, liegt offensichtlich darin, daß die Dienste des Provokateurs Roeder erwünscht sind.

Roeder, der über weitreichende Verbindungen im neo-nazistischen und rechtsradikalen Lager verfügt, handelt mit seinem Aufruf zur „Gegendemonstration“ in Brokdorf als bewußter Provokateur der Stoltenberg-Regierung. Damit soll möglicherweise ein zusätzlicher Vorwand für ein Verbot der Anti-AKW-Demonstration in Brokdorf geschaffen werden – unter dem Vorwand, es seien „Zusammenstöße zwischen rechten und linken Extremisten“ zu erwarten. Zumindest soll die Provokation eine Diffamierung der AKW-Gegner ermöglichen. Es ist vor allem aus der Weimarer Republik eine bekannte Praxis der Reaktion, sich in dieser Weise der Nazis als Provokateure zu bedienen, um gegen demokratische, sozialistische und kommunistische Kräfte zu schlagen.

Es spricht für sich, daß die der sozialliberalen Koalition nahestehende „Frankfurter Rundschau“ den ihr von rechtsaußen zugespielten Ball sofort aufgenommen hat und Roeder die Publizität verschafft hat, die er für seine Provokation braucht.

Wir sagen es unmißverständlich: Nicht die AKW-Gegner paktieren mit Roeder und ähnlichen neo-nazistischen Kräften, sondern die Bundesregierung und die Gerichte, die einen solchen Mann schützen und schonen. Wir AKW-Gegner unterstützen die bereits von vielen Demokraten und Verfolgten der Nazi-Tyrannie erhobene Forderung: Roeder muß hinter Gitter!

Hamburg, 10. Februar 1977

Tagung des „Planungsstabes“ für Itzehoe

Am 10.2. meldete die DKP-Tageszeitung „UZ“: „Unter dem Einfluß der breiten Protestbewegung mußten sich die schleswig-holsteinischen Spitzenpolitiker Matthiessen (SPD), Jansen und Ronneburger (FDP), Vertreter des Bundesvorstandes der Jungsozialisten und Jungdemokraten sowie des Südschleswiger Wählerverbands mit Vertretern der Bürgerinitiativen in Quickborn an einen Tisch setzen. Sie erklärten ihre Bereitschaft, die Demonstration in Itzehoe zu unterstützen“.

Hinter dieser lapidaren Meldung verbirgt sich folgender Sachverhalt: Am 8.2. trafen sich in Quickborn außer den von der „UZ“ erwähnten auch Juso- und Judo-Delegierte aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen; ferner verschiedene Vertreter der Bürgerinitiativen, die für Itzehoe mobilisieren (Reimers, Heuser, Henning, Heinrich, Pastor Wandschneider), darunter als „Ehrendag“ auch ein DKP-Funktionär, der im Namen einer von der DKP kürzlich ins Leben gerufenen Kieler Geister-BI auftrat. Bei dem Treffen ging es selbstverständlich nicht darum, daß die Herren „Spitzenpolitiker“ über Nacht zu AKW-Gegnern geworden wären, sondern ging es darum, die Planung für die Itzehoer Spalter-De-

mo auszurichten. So machten denn die „Spitzenpolitiker“ auch gar kein Geheimnis daraus, daß es ihnen zwar um eine „Denkpause“ gehe, nicht aber um grundsätzliche Gegnerschaft gegen AKW's! Diese Leute gaben als ihr Ziel aus: Die Demonstration in Itzehoe müsse vor allem „an Publizität“ die Demonstration in Brokdorf bei weitem überbieten. Die Presse soll fast nur über Itzehoe berichten, Brokdorf müsse „unter ferner liefen“ rangieren. Da die bürgerliche Presse in diesem Sinn sowieso schon gleichgeschaltet ist, kann am Erfolg kaum gezweifelt werden. Daß man in dieser Hinsicht das „Öffentlichkeitsmonopol“ hat, wurde auf dem Treffen von den „Spitzenpolitikern“ offen ins Spiel gebracht.

Von den Anwesenden traten demgegenüber allerdings nur die Hamburger Jungdemokraten mit einer Gegenposition auf: Zumindest müßte auf eine Diffamierung der in Brokdorf Demonstrierenden verzichtet werden.

Auf dem Quickborner Planungstreffen wurde zwar formal festgelegt, daß die Vorbereitung der Itzehoer Demonstration in den Händen der Bürgerinitiativen bleiben soll, jedoch scheint sich schon klar abzuzeichnen, daß die Sache ziemlich komplett von den bürgerlichen Parteien übernom-

men werden wird. „Spitzenpolitiker aus Bund und Ländern“ sollen als Redner auftreten (Stoltenberg wird in diesem Zusammenhang wohl eher als Ausdruck von schwarzem Humor genannt; ernsthaft genannt wird hingegen der Name von Minister Matthöfer). SPD, FDP, und natürlich nicht zuletzt DKP wollen durch Mobilisierung ihrer Mitglieder dafür sorgen, daß Itzehoe nicht zum totalen Reifall wird.

Diese Art von Treffen, die die DKP als Anschluß der SPD und FDP an die Anti-AKW-Bewegung darzustellen versucht, entspricht der Politik der Regierungskoalition. Schon Anfang Januar wußte die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zu berichten: „In Bonn wird jetzt angestrebt, bei möglicherweise umweltgefährdenden Projekten opponierende Bürgerinitiativen vorher an den Planungs- und Genehmigungsprozessen zu beteiligen, damit sie nachher nicht Bauplätze stürmen. Die Änderung von Gesetzen oder Ergänzungen lagen längst in den Schubladen. Auf der anderen Seite verlangt das von den Bürgerinitiativen einen Stilwandel: Weg von der Rolle der Bauplatzbesetzer, hin zu auch positiven Stellungnahmen bei Standortentscheidungen. Nach Brokdorf kam

Abschrift

BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE

Marschenkonferenz:

Lars Hennings, Pressesprecher, 2209 Krempe, Bahnhofstr. 116
Spenden: BUU Vbspk. Wilster 104/054498 04824-2596

Liebe Freunde,

bei den Vorbereitungen zu weiteren Aktionen gegen das Atomkraftwerk BROKDORF ist es unter den Schleswig-Holsteinischen und Hamburgischen Bürgerinitiativen zu Auseinandersetzungen gekommen. Kernpunkt waren folgende Positionen.

Die Mehrheit der unmittelbar, besonders auch durch eine Demonstration betroffenen Bürger der Wilster Marsch verstehen nicht, daß vor dem Weiterbau am AKW demonstriert wird und ein Besetzungsversuch unternommen wird. Niemand glaubt an eine friedliche Kundgebung. Sie würde schon durch die Polizeimaßnahmen verhindert, denn die Regierung sucht offenbar eine „Entscheidungsschlacht“, um von der Diskussion über Atomenergie weg und zu einer über Gewalt zu kommen.

Demgegenüber vertreten besonders Hamburger Delegierte die Ansicht, nur mit einer Besetzung sei ein Erfolg möglich, die Marschbevölkerung wolle auch genau das. Auf den Gerichtsbeschluß soll dabei keine Rücksicht genommen werden. Ein großer Teil der Delegierten weigert sich dabei, zu einer gewaltlosen Demonstration aufzurufen.

Die Landeskonferenz hat sich als handlungsunfähig erwiesen. Die Gruppen Brokdorf/Wewelsfleth, Wilster, Borsfleth, Krempe, Itzehoe, Brunsbüttel und Barmstedt mit weiteren 20 Gruppen aus Hamburg und Schleswig-Holstein haben jetzt zu einem Aktionstag am 19.2.77 nach ITZEHÖE eingeladen. STOP DEM ATOMPROGRAMM!

Viele Gruppen aus der Bundesrepublik haben bereits ihre Unterstützung zugesagt. Ebenso die Aktionsgemeinschaft „Bauern gegen Atomkraftwerke“ in der Wilstermarsch. Wir bitten auch Euch um diese Unterstützung. Kommt zahlreich nach Itzehoe, um die Herausforderung der Regierung in Kiel und Bonn anzunehmen. Unser Kampf gilt dem Atomkraftwerk Brokdorf und allen anderen Atomanlagen, aber auch der Einschränkung der freien Meinungsäußerung und Mitsprache der Bürger durch Wirtschaft und Politik. Wir wehren uns.

Mit dieser Veranstaltung wollen wir auch zu einer neuen Einheit in unserer Bewegung kommen. Eine solche Einheit kann aber nicht voraussetzungslos sein. Das Ziel: Kein Atomkraftwerk in BROKDORF und auch nicht anderswo kann nicht ohne die Bestimmung der Mittel in dieser Auseinandersetzung verstanden werden.

Nach wie vor halten auch wir die Bauplatzbesetzung für ein legitimes Mittel zur Verhinderung von Atomkraftwerken. In Brokdorf sind die Bedingungen dafür aber sehr schlecht. Insbe-

sondere dann, wenn man, wie wir, unter keinen Umständen Gewalt gegen Personen anzuwenden bereit ist. Diese Grundsätze haben wir noch einmal bekräftigt. Uns geht es darum, durch eine starke Aufklärung der Bevölkerung und durch gewaltfreie Aktionen auf die Gefahr durch Atomanlagen aufmerksam zu machen, da diese Anlagen unsere Gesundheit und unsere Umwelt zerstören. Die einzige dauerhafte Lösung unseres Problems sehen wir darum darin, die Bevölkerung, gerade auch die ansässige Bevölkerung zu mobilisieren. Nur so kann eine politische Lösung erzwungen werden. Kein Atomkraftwerk gegen den Willen der Bevölkerung!

Wir gehen davon aus, daß der angeordnete Baustopp vom Verwaltungsgericht bestätigt wird. Darum soll unser Aktionstag am 19.2.77 in Itzehoe ein weitergehender Schritt sein. Aus vielen Gesprächen wissen wir, daß eine solche Veranstaltung die Möglichkeit bietet, zu einer der bedeutendsten Kundgebungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Wir wollen unseren Willen und unser Selbstvertrauen machtvoll mit allen demokratischen Kräften unseres Landes darstellen.

STOP MIT DEM ATOMPROGRAMM! KEIN ATOMKRAFTWERK IN BROKDORF und auch nicht anderswo! Dazu brauchen wir jetzt Eure praktische Solidarität, um der Bewegung gegen Atomkraftwerke und für eine glückliche Gesellschaft in Freiheit und Wohlstand eine neue Dimension zu geben. Wir fordern unser demokratisches Recht, in unserem Lande mitzubestimmen, um dem atomaren Wahnsinn ein Ende zu machen und endlich mit alternativer Energieforschung den Weg zu bereiten für eine sinnvolle sparsame Energieverwendung und nützliche Produktion.

Der Aktionstag in Itzehoe, 15 km von Brokdorf entfernt, soll neben einer großen Kundgebung eine Reihe von Veranstaltungen zu verschiedenen Fragen bringen, z.B. zu Fragen der alternativen Energieforschung, den Katastrophenplänen. Kritische Wissenschaftler und Politiker sollen über zukünftige Modelle Auskunft geben, bzw. sie mit erarbeiten. Alle Gruppen sollen die Möglichkeit der Selbstdarstellung nutzen um Erfahrungen austauschen zu können. Ferner werden kulturelle Beiträge, Theater, Liedermacher usw. angeboten.

Die zentralen Veranstaltungen werden so zeitlich gelegt, daß sie auch von weit anreisenden Besuchern mit Auto oder Zug wahrgenommen werden können (Gruppenreisen). Ein Programm wird zur Zeit erarbeitet und kann an alle Interessierte verschickt werden. Bitte solidarisiert Euch und schickt eine Post-(Kartei-)Karte. Nennt weitere Wünsche und eigene Beiträge. Und kommt bitte, bitte alle nach Itzehoe am 19.2.77. STOP DEM ATOMPROGRAMM! Bitte mobilisiert auch bei Euch. Viele liebe Grüße (unterzeichnet: Lars Hennings, 6.2.77)

vom Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Wüstenhagen, eine entsprechende Antwort: Man werde jetzt „konstruktiv“ werden“ („FAZ“, 4.1.). Zusätzlich ermahnte kurz vor der Wilster Konferenz vom 6.2. die Bundesregierung die schwankenden Kräfte in der Bewegung, sie müßten sich „sorgfältig überlegen, ob sie nicht wegen des geplanten Mißbrauchs der für den 19. Februar vorgesehenen Demonstration durch solche terroristische Gruppen und militante Feinde unserer Verfassung von einer weiteren Demonstration auf dem Baugeände des Kernkraftwerkes Brokdorf absehen sollten“ („Frankfurter Rundschau“, 5.2.). Diese höfliche Bitte

wurde ja inzwischen, wie man weiß, erfüllt...

Noch freimütiger plauderte Hamburger SPD-Bürgermeister Klose die Sorgen der bürgerlichen Politiker angesichts der Anti-AKW-Bewegung aus: „Nach den Worten Kloses ist es den großen Parteien noch nicht gelungen, die im Zusammenhang mit Brokdorf aufgetretenen außerparlamentarischen Strömungen aufzufangen“. Über diesen Ärger wolle die SPD auf ihrem Parteitag im Herbst beraten. „Klose räumte ein, daß die Entstehung vieler Bürgerinitiativen „ein gewisses Versagen“ der Parteien signalisiere. Die Politiker seien aufgerufen, über neue Kommunikationsformen mit der Bevölkerung nachzudenken

und zu versuchen, die Bürger in ihrem Verhältnis zum Staat aus dem „Gefühl einer ständigen Niederlagen-situation“ herauszuholen. Mir scheint, daß wir dieses Problem noch nicht im Griff haben“. Ansonsten kündigte auch Klose brutalsten Polizei-Terror in Brokdorf an: „Die „gutwilligen, in der Sache besorgten Bürger“, müßten sich darüber klar sein, daß die Polizei bei Gewalttätigkeiten nicht differenziert vorgehen könne“ („Kieler Nachrichten“, 7.2.). Das Problem will er „in den Griff kriegen“, indem er jedem, der nach Brokdorf geht, mit Polizeiknüppel und Tränengas droht. Das ist die andere Seite der SPD-„Mobilisierung“ für Itzehoe.

Großeinsatz der DKP an der Spalterfront

Die DKP, bisher in der Anti-AKW-Bewegung bestenfalls am Rande engagiert, spielte auf der Wilster Konferenz vom 6.2. die Hauptrolle bei der Spaltung.

– Ohne überhaupt eine Entscheidung der in Wilster zusammengekommenen Bürgerinitiativen abzuwarten, legte die DKP in Wilster bereits einen „Aufruf Hamburger Bürger“ nach Itzehoe vor. Unterschrieben von „Betriebsratsvorsitzenden, Betriebsräten, Wissenschaftlern, Künstlern und Vertretern der Mittelschichten“ („UZ“, 8.2.) – sämtlich Funktionäre und Mitglieder der DKP, abgesehen von einer Handvoll unorganisierter DKP-Sympathisanten.

– Sodann trat ein Hamburger DKP-Funktionär „im Namen von 80 Hamburger Betriebsräten und 100.000 Kollegen“ auf und verlangte für sich „Stimmrecht“ auf der Wilster Konferenz.

– Nachdem dieser provokatorische Antrag von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt wurde, gab der Kieler DKP-Kreisvorsitzende Möbius („Delegierter“ einer von der DKP kurz zuvor gegründeten Geister-„Initiative“) das Signal zur Spaltung: „Die an einer geordneten und friedlichen Demonstration interessierten Delegierten“ sollten mit ihm den Saal verlassen, weil eine „demokratische Beschlußfassung“ hier nicht möglich sei. Letzteres Argument ist besonders zynisch, da die DKP mit ihrem „Aufruf Hamburger Bürger“ jeder demokratischen Beschlußfassung bereits vorgegriffen hatte. In Wirklichkeit ging es darum, die Wilster Konferenz provokativ zu sprengen und von Anfang an eine demokratische Diskussion und Abstimmung zu verhindern.

Nach der Wilster Konferenz vom 6.2. setzte in der DKP-Tageszeitung „UZ“ und mit Hilfe von Flugblättern eine verstärkte Hetze gegen die Demonstration in Brokdorf ein. Die DKP übernahm dabei total die von CDU/SPD, Polizei und Verfassungsschutz ausgegebene Linie.

– „UZ“ vom 9.2.: „Maoisten und Neonazis organisieren Provokationen“. „Wie inzwischen bekannt wurde, versuchen maoistische Gruppen die Bewegung der Bürgerinitiativen gegen den Bau von Atomkraftwerken zu spalten. Durch provoka-

torische Aktionen an dem Baugeände in Brokdorf wollen sie den Regierungen in Bonn und Kiel eine Handhabe zur massiven Gewaltanwendung geben. Zur gleichen Zeit bereiten sich Neonazis auf gezielte Provokationen vor... In ähnlichen Stil soll die maoistische Gruppe KPD/ML in einem Flugblatt intern zu terroristischen Akten aufgerufen haben: „Wir brauchen keine Rücksicht zu nehmen, auf die Scheißbauern am allerwenigsten.“ Die DKP bezieht sich dabei auf eine von der örtlichen Presse und den Polizeidienststellen verbreitete plumpe und absurde Fälschung, die von der „KPD/ML“ längst zurückgewiesen wurde.

– In derselben Ausgabe der „UZ“ findet sich als weiteres Beispiel für die Arbeitsmethoden der DKP eine Erklärung des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP: „Das Präsidium begrüßt den Beschluß der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) zur Durchführung einer bundesweiten Sternfahrt der Kernkraftwerksgegner in die Wilstermarsch mit einer Demonstration und Kundgebung in Itzehoe...“ Dazu ist zu sagen:

1. Ist es überhaupt ein schlechter Witz, wenn die DKP scheinheilig angebliche Beschlüsse von Bürgerinitiativen als Partei „begrüßt“, denen sie auf äußerst undemokratische Weise bereits in Gestalt der „Hamburger Persönlichkeiten“ vorgegriffen hatte.

2. Gibt es keinen Beschluß der BUU für Itzehoe, sondern nur den Aufruf einer Minderheit der in der BUU zusammengeschlossenen Initiativen, den diese nach ihrem provokatorischen Auszug von der Wilster Konferenz verfaßten. Nichtsdestotrotz tauchte diese bewußte Lüge auch in mehreren späteren Flugblättern der DKP wieder auf, während ein auch nur halbwegs korrekter Bericht über den Verlauf der Wilster Konferenz vom 6.2. nirgendwo in der DKP-Presse zu finden war.

3. Scheint es sich bei dem Aufruf zur „Sternfahrt“ um eine spezielle Erfindung der DKP zu handeln; im Aufruf, der jetzt in Anlehnung an die Fälschermethoden der DKP als „BUU“ firmierenden Initiativen für Itzehoe kommt das Wort jedenfalls

überhaupt nicht vor.

– In der derselben Manier bringt die „UZ“ täglich Überschriften, die von „bundesweiter Zustimmung“ für den Aufruf nach Itzehoe künden, wo z.B. „Gewerkschafter, Betriebsräte, Kirchenvertreter, die DKP, die SDAJ und andere Jugendverbände, selbst Spitzenpolitiker von SPD und FDP“ („UZ“, 11.2.) Erwähnung finden. Systematisch totgeschwiegen werden sämtliche Beschlüsse von Bürgerinitiativen, Studenten-Versammlungen u.a. aus der gesamten BRD und Westberlin für eine Demonstration in Brokdorf. Sie passen offensichtlich nicht in das Bild, das die DKP von der Brokdorfer Demonstration als „Provokation von Maoisten und Neonazis“ zu zeichnen versucht.

– Speziell der „KB Nord“ soll in übelster Weise, unter Benutzung aller nur möglichen Lügen und antikommunistischen Vorurteile („Rechts = Links“, „Kommunisten = Terroristen“), diffamiert werden: „...Bei der Durchführung dieser groß angelegten Provokation liefern maoistische Gruppen wie KB und „KPD“ den Herrschenden Munition, indem sie zu „militanten Aktionen“ und Bauplatzbesetzung am 19.2. aufrufen. Wie nicht zuletzt auf der Hamburger Versammlung am 4.2. deutlich geworden ist, reduzieren diese Gruppen den Kampf auf eine rein militärisch-taktische Frage, und erklären z.T. alle, die nicht mit dem Wurfanker unterm Arm ihr Heil am Bauzaun in Brokdorf suchen, zu „unechten KKW-Gegnern““ (Flugblatt der DKP-Hochschulgruppen Hamburg). – Wer seit dem Beginn der Brokdorf-Aktionen den AK gelesen hat, kann sich bei derart dümmlichen Unterstellungen und Verdrehungen nur an den Kopf fassen. Gegen ein Denken, wie es uns hier angedichtet wird, haben wir in der Anti-AKW-Bewegung in Wirklichkeit von Anfang an einen zähen Kampf geführt, und zwar zu einer Zeit, als die DKP es noch gar nicht für nötig hielt, überhaupt in die Auseinandersetzungen um die Taktik und Strategie der Anti-AKW-Bewegung einzugreifen.

– Die Methode der Lügen und Fälschungen, die entweder direkt aus der Mache von Verfassungsschutz

und Polizei kommen oder diesen engstens „nachempfunden“ sind, ergänzt die DKP durch solche Methoden wie das Zerreißen von Wandzeitungen, auf denen zur Demonstration in Brokdorf aufgerufen wird, tätliche Angriffe auf Flugblattverteiler etc.

– Neben der Gründung eigener neuer Geister-„Initiativen“ ist die DKP derzeit auch bemüht, unter Aufbietung aller Reserven bestehende Bürgerinitiativen zu überrempeln und zu übernehmen. Ein Beispiel dafür ist das Vorgehen der DKP in der BUU-Gruppe Wedel (bei Hamburg). Die Wedeler Gruppe hatte sich vor der Wilster Konferenz vom 6.2. mit Mehrheit für eine Demonstration in Brokdorf ausgesprochen (16 Für, 9 Gegen, 5 Enthaltungen). Zu diesem Zeitpunkt arbeitete die DKP mit 8 Vertretern in der Gruppe. Nach der Wilster Konferenz kreuzte die DKP plötzlich mit 24 Anhängern zur Mitgliederversammlung der Gruppe auf, und das Abstimmungsergebnis sah nunmehr so aus: 23 für Brokdorf, 28 für Itzehoe, 2 Enthaltungen. Durch diesen Überumpelungserfolg dreist geworden, verlangte die DKP auch gleich noch die Übergabe der Adressenkartei der BUU-Gruppe an ihre Vertreter. Mit 25 zu 24 Stimmen (der DKP) bei

einer Enthaltung wurde dieser Antrag nur knapp abgeschmettert.

Genauso ging die DKP in der Bürgerinitiative Uetersen (9 neue DKP-ler) und Itzehoe (14 neue DKP-ler) vor. In Uetersen gab es daraufhin ein Ergebnis von 19:15 für Itzehoe, in Itzehoe selbst von 28:14 für Itzehoe.

Daß wir in diesem Info ausführlich auf das Vorgehen der DKP eingegangen sind, scheint uns dadurch gerechtfertigt, daß diese Partei, unterstützt vom Trommelfeuer der bürgerlichen Presse und von den blutrünstigen Bürgerkriegs-Drohungen Stoltenbergs, derzeit bei der Spaltung und Zerstörung der Anti-AKW-Bewegung eine Hauptrolle übernommen hat. Dazu ist noch zu sagen, daß diese Partei, unabhängig von ihrem jetzigen Verhalten, in der Anti-AKW-Bewegung nichts zu suchen hat. Bevor es um die Spaltung der Bewegung ging, hat die DKP kaum irgendwo eine Rolle gespielt. Vielfach haben DKP-Funktionäre sogar direkt Resolutionen der Gewerkschaftsführer für Kernkraftwerke unterstützt. Dies erklärt sich einfach daraus, daß in den von der DKP verherrlichten „Ländern des realen Sozialismus“ der Bau von Kernkraftwerken überhaupt nicht zur Diskus-

sion steht. Die Haltung des „realen Sozialismus“ a la DKP zur Gefahr der Kernenergie läßt sich mit folgenden Worten umschreiben: „Und nun zu den Befürchtungen über die allgemeine Strahlungsgefahr für die Bevölkerung. Das ist eine unernste und folglich unwissenschaftliche Fragestellung. Zucker und Salz zum Beispiel sind, wenn in übermäßigen Mengen genossen, sehr gefährliche Gifte für alles Lebende. Selbst die Luft kann todbringend sein, wenn sie in den Blutkreislauf gerät. Wir leben ständig unter Gefahren, haben es aber gelernt, uns vorzusehen, indem wir uns an bestimmte Regeln halten“ (Zitat aus der Zeitschrift „Sowjetunion heute“ von einem sowjetischen Wissenschaftler).

Wie kann da die DKP, die jedem Furz aus der Sowjetunion begeistert nachschnüffelt, überhaupt gegen Kernkraftwerke sein? Es ist klar, daß ihr einziges Interesse an der Anti-AKW-Bewegung nur ein negatives sein kann: Zu spalten und Verwirrung zu stiften. Im Gegensatz zu vielen ehrlichen, aber momentan verwirrten und eingeschüchterten Vertretern der Bürgerinitiativen haben wir es bei der DKP mit erklärten Gegnern der Anti-AKW-Bewegung zu tun.

KBW: Mit gebremstem Schaum

Nach der Wilster Konferenz vom 6.2. ist die Bezirksbeilage Hamburg-Untereibe der „KVZ“ des KBW mit der sektiererischen Schlagzeile erschienen: „Demonstration am 19.2. in Brokdorf oder Itzehoe – daran entscheidet sich, ob man gegen oder für das Energieprogramm ist“. Dies hängt, im klaren Widerspruch zu den Beschlüssen der Wilster Konferenz, allen Menschen, die aus den verschiedensten Gründen am 19.2. in Itzehoe demonstrieren wollen, in die rechte Ecke der AKW-Befürworter.

Auch sonst gibt sich der KBW scheinbar sehr radikal. So darf auf der übliche Seitenhieb gegen den „KB Nord“ nicht fehlen. Da es dafür auf der Wilster Konferenz vom 6.2. nicht den geringsten Ansatzpunkt gab, mußte etwas erfunden werden: Der eindeutige Aufruf des KB zur Demonstration in Brokdorf „soll vertuschen, daß er auf der Konferenz versucht hat, die Beschlussfähigkeit festzustellen ...“ (Bezirksbeilage Hamburg-Untereibe). Diese sensationelle Meldung ist 100%ige Phantasie.

Was hinter der Schein-Radikalität des KBW steckt, zeigt sich allerdings in der Praxis. So mobilisiert er nur in der Regionalausgabe Nord der „KVZ“ für die Demonstration in Brokdorf, aber nicht in den Ausgaben Mitte und Süd. Dem entspricht auch das örtliche Verhalten des KBW: – In Süddeutschland – so in Pforzheim, Freiburg und Darmstadt – orientiert der KBW auf örtliche Aktivitäten oder tut gar nichts, obwohl

es sich in allen Fällen um Orte handelt, von denen aus andere Kräfte nach Brokdorf mobilisieren.

– In Göttingen reihte sich der KBW auf einer Uni-Vollversammlung direkt unter die Kräfte ein, die gegen eine Demonstration in Brokdorf agitierten. Auch dort orientierte er stattdessen auf örtliche Aktivitäten. – Auch aus Braunschweig ist bekannt, daß der KBW alternativ auf örtliche Aktivitäten orientiert. – In Bremerhaven tut der KBW nichts und stellt es seinen Anhängern frei, nach Brokdorf zu fahren. – In Bremen fand sich zur Vollversammlung der Bürgerinitiativen am 11.2. (800 bis 900 Teilnehmer) nur eine kleine Handvoll KBW-ler ein, obwohl dort entschieden werden sollte, ob die Bremer BIs nach Brokdorf mobilisieren oder nicht.

Fazit: Der KBW versucht sich in der Region (Schleswig-Holstein, Hamburg und nördliches Niedersachsen) als unheimlich radikal zu profilieren, tut aber nichts für eine breite nationale Mobilisierung nach Brokdorf bzw. arbeitet direkt gegen eine solche Mobilisierung.

Zudem hat sich der KBW überall in den schleswig-holsteinischen Bürgerinitiativen gegen den Beschluß der Wilster Konferenz vom 6.2. gestellt, Vollversammlungen der BIs durchzuführen. Dieser Beschluß war auf der Wilster Konferenz von den verbliebenen Initiativen gefaßt worden, um der Demagogie der bürgerlichen Poli-

tiker in der Anti-AKW-Bewegung entgegenzutreten.

Eine weitere Auseinandersetzung hat sich daran entzündet, daß der KBW bereits vor der Wilster Konferenz vom 6.2. über eine von ihm zeitweise beeinflusste Bürgerinitiative in Kiel die Demonstration und den zeitlichen Ablauf mit Anfangs- und Schlußkundgebung polizeilich angemeldet hatte. Aufforderungen der Bürgerinitiativen, diese Anmeldung rückgängig zu machen, zeigt sich der KBW bisher total abgeneigt, obwohl inzwischen der Vorstand dieser BI mit vier zu einer Stimme die Abmeldung beschlossen hat. Offenbar will der KBW, auch um den Preis der handfesten Provokation, ohne jegliche Legitimation eine Kundgebung nach eigenen Vorstellungen durchziehen („Hier spricht der KBW. Die Massen wollen nach links ...“).

Auf der Bundeskonferenz am 13.2. in Wilster wird der KBW die letzte Möglichkeit haben, unbeschädigt diese Provokation wieder zurückzuziehen! Auf derselben Ebene liegt es, daß der KBW in einer Extra-Ausgabe der Bezirksbeilage Hamburg-Untereibe die Adresse der Kieler BI als Adresse „der“ Bürgerinitiativen angab, an die Solidaritätsbotschaften etc. geschickt werden könnten.

Der KBW hat sich inzwischen durch solches Verhalten selbst auf eine Rolle am Rande der Bewegung reduziert.

Die Kirche natürlich mit von der Partie !

Die Leitung der nordelbischen Kirche, die seinerzeit den Pastoren mit Disziplinarmaßnahmen gedroht hatte, wenn sie nach Brokdorf gingen, räumte nun auf einmal ein, daß der „moralische und politische Widerstand von Christen gegen die Errichtung weiterer Kernkraftwerke dem einzelnen von seinem Gewissen geboten sein könne“, jedoch sei natürlich „Gewaltanwendung ... abzulehnen. Sie richte sich gegen die Baustelle und damit praktisch gegen die Anwohner (???) und gegen die Menschen, die diese Baustelle zu schüt-

zen haben“ (Flensburger Tageblatt“, FT, 3.2. 77).

Gleichzeitig verbreitet die Kirchenleitung die Gruseltheorie, daß die von „extremen Gruppen vorbereiteten massiven Gewaltaktionen beim derzeitigen Stand der Auseinandersetzung zu Blutvergießen führen können“ („LN“, 3.2. 77).

Deshalb verpflichtete der Kirchenvorstand (lt. „LN“ s.o.) „alle kirchlichen Mitarbeiter insbesondere die Pastoren, sich für die Gewaltlosigkeit aller Aktionen (natürlich nicht die der Polizei) einzusetzen“.

Schon im Dezember hatte der Bischof an den vorherigen Brokdorfdemonstrationen beteiligte Pastoren zu einem Gespräch geladen und ihnen geraten, nicht mehr zu Besetzungen aufzurufen, da die Polizei Schießbefehl hätte, wenn die Demonstration auf das Bauplatzgelände gelangen würde (ein Bericht dieses Gespräches wurde am 19.1. 77 im „Flensorg Avis“ abgedruckt). Prompt sprachen sich größere Teile dieser Pastoren ausdrücklich mit diesen Befürchtungen gegen weitere Besetzungsaktionen aus.

Wer ist für die Demonstration in Itzehoe ?

Stoltenberg schlug Itzehoe als Demonstrationsort vor

Als erster setzte sich der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg für eine Demonstration in Itzehoe öffentlich ein.

Noch vor der Spaltung der in der BUU zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen in Schleswig-Holstein und Hamburg (am 31.1. auf der Landesdelegiertenkonferenz) forderte Stoltenberg, „wegen des beabsichtigten Mißbrauchs zu bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen durch Extremisten keine Demonstrationen am Baugelände durchzuführen. ... Friedlich demonstriert werden könne beispielsweise in Kiel oder Itzehoe“ („Kieler Nachrichten“, KN, 29.1.77).

Bei dieser Erklärung konnte Stoltenberg sich auf Geheimverhandlungen beziehen, in denen längst alles für die Spaltung perfekt gemacht worden war.

Mitte Januar war von Stoltenberg ein öffentlicher Aufruf zur Spaltung der Bürgerinitiativen herausgegeben worden.

Mit dem Hinweis auf erfundene „geheime Protokolle“ („Hamburger Abendblatt“, 19.1. 77) und dem Hinweis „1.500 Extremisten wollen Brokdorf stürmen“ („Bild“, 19.1.77) forderte Stoltenberg die Mitglieder von Bürgerinitiativen auf, „einen klaren Trennungsstrich zu den anarchistischen und kommunistischen Gruppen zu ziehen und jede Zusammenar-

beit mit ihnen einzustellen“.

Es ginge nämlich „hier nicht mehr um das sachliche Für und Wider in Fragen Kernenergie ... sondern um die Grundlagen der inneren Sicherheit und Rechtsordnung in unserem Land“ („Frankfurter Rundschau“, 19.1. 77).

Schon zehn Tage später konnte Stoltenberg Erfolge und Abmachungen bei seinen Spaltungsmanövern öffentlich bekanntgeben: „Eines der Ergebnisse von informellen Gesprächen einiger Landesminister mit demokratischen Vertretern von Bürgerinitiativen in und außerhalb Schleswig-Holsteins ist die Absicht der Landesregierung, über die zweite Teilgenehmigung – ursprünglich für den Februar 1977 vorgesehen – erst zu entscheiden, nachdem das Obergericht Lüneburg als zweite Instanz sein Urteil im Verfahren über den Sofortvollzug der ersten Teilgenehmigung gesprochen hat“ (KN, 29.1. 77).

„In der begrenzten zeitlichen Verschiebung von einigen Monaten“ sah Stoltenberg „die Chance, die teilweise gefährlich zugespitzten Kontroversen zu versachlichen und die Stellung der unabhängigen Gerichte zu stärken“ (KN, s.o.).

Die Gespräche mit Stoltenberg wurden auch von anwesenden BIsprechern bestätigt.

Laut Heuser von der BUU hätten

im Gespräch mit den Stoltenberg-Ministern Claussen (Sozial) und Westphal (Wirtschaft) „die Bürgerinitiativen deutlich gemacht“, daß sie nicht „an einer Eskalation der Gewalt interessiert seien“ („Lübecker Nachrichten“ LN, 3.2. 77). Heuser erklärte, „daß wir am 19.2., wenn auch zähneknirschend, nicht am Bauplatz demonstrieren werden.“ „Viel zuwenig“ sei „über weitere gewaltfreie Methoden des Widerstands nachgedacht“ worden („Zeit“, 4.2. 77).

Auf der zweiten Landeskonferenz der BUU (am 6.2. 77 in Wilster) versuchte Heuser das ganze als „informelle Gespräche“ herunterzuspielen, gab aber zu, daß es sich dabei „objektiv“ um Verhandlungen gehandelt habe. Nachdem Itzehoe schließlich feststand, konnte Stoltenberg in Siegerpose mitteilen, „daß unsere Gespräche mit demokratischen Vertretern der Bürgerinitiativen ihre Wirkung hatten“ und daß er die Demonstration in Itzehoe „respektieren“ werde („Umschau am Abend“ NDR II, 9.2. 77).

Nach dieser „Pause“ hofft Stoltenberg, daß der Baustopp in der zweiten Instanz durch „Grundsatzurteil“ aufgehoben werde, „sonst, sei es sehr zweifelhaft, ob in absehbarer Zeit überhaupt noch ein Kraftwerkbau in der Bundesrepublik begonnen werden könne“ („Süddeutsche Zeitung“, 11.2. 77).

Kommunistischer Bund (KB)

Beschluß der Wilster Landeskonzferenz vom 6.2.77

Weil wir wissen, daß Atomanlagen unser Leben gefährden, erklären wir:
Wir wollen kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo.

Die Landeskonzferenz der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe fordert alle Menschen in der BRD und dem Ausland auf, am 19. Februar 1977 zu einer Großkundgebung am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerkes in Brokdorf zu kommen und unverzüglich verstärkt mit den Vorbereitungen zu dieser Kundgebung fortzufahren.

Alle ehrlichen AKW-Gegner, unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung – und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den Formen des Protestes – sind aufgerufen, durch ihre Teilnahme an dieser Großkundgebung ihren Willen zu bekunden, auch weiterhin für die Erfüllung unserer Forderungen zu kämpfen:

- Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo!
- Keine Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponien!
- Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!
- Abzug der Polizei, des Werkschutzes und der Baumaschinen!
- Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren!
- Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei – wir wollen das AKW verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung das AKW bauen wollen.

Den Drohungen und den von Verleumdungen begleiteten Spaltungsmanövern der Politiker und der Atomindustrie muß mit dieser Großkundgebung – am 19. Februar in Brokdorf und nicht anderswo – eine klare Absage erteilt werden.

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Bau des Atomkraftwerkes verhindern, und davon werden wir uns auch nicht durch Gerichtsbeschlüsse abbringen lassen.

Wir fordern Stoltenberg und seine Landesregierung auf, unsere Forderungen zu erfüllen und keine Gewalt gegen uns anzuwenden.

Wilster, den 6. Februar 1977

anwesend: Marschenkonferenz (Initiativen) 4
Westküstenkonferenz 1
Ostküstenkonferenz 7
Hamburger Delegiertenkonferenz 10
Abstimmungsergebnis:
dafür 15
dagegen 1
Enthaltung 0
Marscheninitiativen 4 dafür

Anzeige

...der Klarheit und der Wahrheit wegen!

Der ARBEITERKAMPF ist die zentrale politische Zeitung des Kommunistischen Bundes. Diese Zeitung sollte lesen, wer

- in Betrieb und Gewerkschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten kämpft,
- in Schule und Universitäten gegen „Spar“-politik und politische Unterdrückung Widerstand leistet,
- und als Linker ständig darüber informiert sein will, was die Rechte tut,
- mit Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerika solidarisch verbunden ist.

Frauen werden in dieser Gesellschaft in besonderer Weise ausgebeutet und doppelt unterdrückt. Der ARBEITERKAMPF führt als einzige kommunistische Zeitung in der BRD kontinuierlich und umfassend den Kampf dagegen und für die vollständige Befreiung der Frau.

Wir berichten exakt und ausführlich über alle Formen politischer Unterdrückung (Berufsverbote, politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse, Polizei- und Justizterror) und propagieren (in Auseinandersetzung mit den anderen Organisationen der westdeutschen Linken), wie der Kampf dagegen und für den Sozialismus zu führen ist.

Erscheint 14-tägig, 48 Seiten
Preis: DM 1,-



Studenten-Parlaments-Wahlen: Linke im Vormarsch S. 20

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 98 12.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,-

Richtersprüche machen AKWs auch nicht sicherer...

...deshalb am 19.2. Kundgebung in Brokdorf und nicht anderswo!

Es bleibt dabei: Am 19.2. in Brokdorf!

Am 19. Februar werden wir ein AKW bauen lassen. Das ist die Absicht der Bundesregierung. Sie hat es schon im Herbst 1976 beschlossen. Und sie will es jetzt noch durchsetzen. Das ist die Absicht der Bundesregierung. Sie hat es schon im Herbst 1976 beschlossen. Und sie will es jetzt noch durchsetzen.

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Bau des Atomkraftwerkes verhindern, und davon werden wir uns auch nicht durch Gerichtsbeschlüsse abbringen lassen.

Wir fordern Stoltenberg und seine Landesregierung auf, unsere Forderungen zu erfüllen und keine Gewalt gegen uns anzuwenden.

Beschluß der Wilster Landeskonzferenz vom 6.2.77

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei – wir wollen das AKW verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung das AKW bauen wollen.

Den Drohungen und den von Verleumdungen begleiteten Spaltungsmanövern der Politiker und der Atomindustrie muß mit dieser Großkundgebung – am 19. Februar in Brokdorf und nicht anderswo – eine klare Absage erteilt werden.

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Bau des Atomkraftwerkes verhindern, und davon werden wir uns auch nicht durch Gerichtsbeschlüsse abbringen lassen.

Wir fordern Stoltenberg und seine Landesregierung auf, unsere Forderungen zu erfüllen und keine Gewalt gegen uns anzuwenden.

Wilster, den 6. Februar 1977

anwesend: Marschenkonferenz (Initiativen) 4
Westküstenkonferenz 1
Ostküstenkonferenz 7
Hamburger Delegiertenkonferenz 10
Abstimmungsergebnis:
dafür 15
dagegen 1
Enthaltung 0
Marscheninitiativen 4 dafür

Zu bestellen bei:

V. a. g. ARBEITERKAMPF
J. Reents,
Lerchenstr. 75, 21115 50